

## **Große Anfrage**

**der Fraktion der CDU**

**und**

## **Antwort**

**der Landesregierung**

### **Abitur 2012: Baden-Württemberg ist gut vorbereitet**

Große Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie sind die interministerielle Arbeitsgruppe („IMA 2012“) bzw. die „AG Abitur 2012“ zusammengesetzt, welchen Arbeitsauftrag und welche Ergebnisse haben sie?
2. Mit welcher Anzahl an Schulabgängern rechnet sie nach dem Schuljahr 2011/2012 bei den einzelnen Schulabschlüssen (Hauptschulabschluss, Mittlere Reife, Fachschulreife, Fachhochschulreife, allgemeine Hochschulreife)?
3. Mit welcher Übergangsquote rechnet sie nach dem Schuljahr 2011/2012 zu den einzelnen Bildungswegen (Hochschulstudium, Fachhochschulstudium, berufliche Ausbildung, freiwilliges soziales Jahr, freiwilliges ökologisches Jahr)?
4. Welche finanziellen Ressourcen wurden in den einzelnen Bereichen für den erforderlichen Kapazitätsausbau der Hochschulen eingestellt?
5. Welche Kapazitäten wurden im beruflichen Schulwesen ausgebaut bzw. sollen ausgebaut werden, um auf die erwarteten Herausforderungen des Ausbildungsjahrgangs 2012 vorbereitet zu sein?
6. Mit welchen Auswirkungen rechnet sie bei der Umstellung auf das achtjährige Gymnasium bei Privatschulen?
7. Welche Kapazitäten sollen im Hinblick auf das Abitur 2012 ausgebaut werden bei den Plätzen im Wehrdienst, Zivildienst, freiwilligen sozialen Jahr, freiwilligen ökologischen Jahr?

8. Ist für die Folgejahre eine ähnlich erfolgreiche Vereinbarung mit der Wirtschaft wie das „Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung in Baden-Württemberg 2007 bis 2010“ geplant, dessen Ziel es ist, allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen ein Qualifizierungsangebot zu unterbreiten, und soll gegebenenfalls in deren Zielsetzung auch der Abiturjahrgang 2012 Berücksichtigung finden?
9. Welche Kapazitäten wurden in der Landesverwaltung ausgebaut bzw. sollen ausgebaut werden für die Schulabgänger im Jahr 2012 im Finanzwesen, Justizwesen und Polizeiwesen sowie in den Sonderverwaltungsbehörden des Landes und in der unteren, mittleren und oberen Landesverwaltung?
10. Welche Kapazitäten wurden im kommunalen Bereich bei Städten, Gemeinden bzw. Landkreisen ausgebaut bzw. sollen ausgebaut werden? Inwieweit wird der Ausbau an der studentischen Nachfrage und am Bedarf des Arbeitsmarktes orientiert?
11. Welche Maßnahmen zur Studieninformation und zur Studienorientierung wurden bisher getroffen bzw. sind beabsichtigt?
12. Welche Kapazitäten wurden im Hochschulbereich ausgebaut bzw. sollen ausgebaut werden, um auf die erwarteten Herausforderungen des Ausbildungsjahrgangs 2012 vorbereitet zu sein?
13. Mit welchen Auswirkungen rechnet sie im Zuge des Abiturjahrgangs 2012 bei privaten Hochschulen?
14. Wie werden die nichtstaatlichen Hochschulen in das Ausbauprogramm mit einbezogen?
15. Welche Kapazitäten wurden an den internen Hochschulen des Landes (Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung und Fachhochschule der Polizei) ausgebaut bzw. sollen ausgebaut werden, um die infolge des doppelten Abiturjahrgangs erhöhte Nachfrage zu bewältigen?
16. Sind im Zuge der Umstellung von G 9 auf G 8 in anderen Bundesländern Wechselwirkungen mit Baden-Württemberg zu erwarten, insbesondere im Blick auf den Ausbildungsmarkt und die beruflichen Schulen in den der Landesgrenze nahe gelegenen Raumschaften sowie auf die Hochschulen des Landes?
17. Welche Kommunikationsstrategie hat sie entwickelt bzw. geplant, um die Öffentlichkeit über die notwendige und zugleich erfolgreiche Vorbereitung auf das Abitur 2012 zu informieren?

09. 06. 2009

Mappus  
und Fraktion

### Begründung

Durch die Umstellung des allgemein bildenden Gymnasiums von neun auf acht Schuljahre werden in Baden-Württemberg ab dem Schuljahr 2010/11 der erste Jahrgang des achtjährigen und der letzte Jahrgang des neunjährigen Gymnasiums in einer gemeinsamen Kursstufe zusammengeführt und auch gemeinsam im Jahr 2012 das Abitur ablegen.

Mit dem Programm „Hochschule 2012“ baut die Landesregierung die Zahl der Studienanfängerplätze an den Hochschulen und Berufsakademien entsprechend der steigenden Nachfrage bis zum Jahr 2012 aus. Damit soll sichergestellt werden, dass die Studienberechtigten in den nächsten Jahren, insbesondere die Studienberechtigten des Abiturjahrgangs 2012, die gleichen Chancen zur Aufnahme eines Studiums haben, wie die Schulabsolventen früherer Jahre.

Baden-Württemberg nimmt im Ausbau der Hochschulen bundesweit eine Vorreiterrolle ein. Außerdem ist damit zu rechnen, dass die Schulabgänger des Abiturjahrgangs 2012 nicht nur in die Hochschulen, sondern auch in das bewährte duale System wechseln werden und somit auch die Situation auf dem Ausbildungsmarkt beeinflusst wird.

Mit dieser Initiative soll erfragt werden, welche Herausforderungen sich für das Land im Zusammenhang mit dem Abitur 2012 in Folge der Umstellung vom achtjährigen auf das neunjährige Gymnasium gestellt haben und stellen und mit welchen Maßnahmen diese effizient und effektiv bewältigt wurden und bewältigt werden sollen.

### Antwort

Schreiben des Staatsministeriums vom 22. Juli 2009 Nr. III/6411:

In der Anlage übersende ich unter Bezugnahme auf § 63 der Geschäftsordnung des Landtags von Baden-Württemberg die von der Landesregierung beschlossene Antwort auf die Große Anfrage.

Dr. Reinhart

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten  
sowie für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums

**Anlage:** Schreiben des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Mit Schreiben vom 13. Juli 2009 Nr. 36–6615.31–2012/13 beantwortet das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport im Namen der Landesregierung die Große Anfrage wie folgt:

*Wir fragen die Landesregierung:*

1. *Wie sind die interministerielle Arbeitsgruppe („IMA 2012“) bzw. die „AG Abitur 2012“ zusammengesetzt, welchen Arbeitsauftrag und welche Ergebnisse haben sie?*

Baden-Württemberg hat beginnend mit der Klassenstufe 5 im Schuljahr 2004/2005 flächendeckend das achtjährige Gymnasium eingeführt. Im Jahr 2012 werden deshalb der letzte Jahrgang des neunjährigen Gymnasiums und der erste Jahrgang des achtjährigen Gymnasiums gemeinsam das Abitur ablegen. Beide Jahrgänge werden ab dem Schuljahr 2010/2011 zusammengeführt; auch die Abiturprüfung wird nicht getrennt nach G 9- und G 8-Schülern gestaltet, sondern es wird im Abitur 2012 gemeinsame Prüfungsaufgaben für die beiden Jahrgänge geben.

Das Kultusministerium arbeitet seit Monaten an der Vorbereitung und Durchführung des Abiturs 2012, damit die Schulen sich rechtzeitig vor dem Eintritt der beiden Jahrgänge in die Kursstufe zum Schuljahr 2010/2011 hierauf einstellen können. Gleichzeitig sind in einer Interministeriellen Arbeitsgruppe unter Federführung des Kultusministeriums mit Vertretern des Ministeriums für Arbeit und Soziales, des Umweltministeriums, des Wirtschaftsministeriums, des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie des Ministeriums für Ländlichen Raum die Folgefragen des Abiturjahrgangs 2012 wie mögliche Verdrängungsprozesse zulasten von Real- und Hauptschülern beim Wettbewerb um Ausbildungsplätze im dualen System, Auswirkungen auf die Zahl der Ausbildungsplätze und auf die duale Ausbildung sowie auf die Plätze im Wehr- und Zivildienst, im freiwilligen sozialen Jahr und im freiwilligen ökologischen Jahr aufgearbeitet worden.

Ergebnis ist ein Gesamtmaßnahmenpaket „Abitur 2012“, einerseits zur Vorbereitung und Durchführung der gemeinsamen Kursstufe und des Abiturs 2012 an den allgemein bildenden Gymnasien seitens des Kultusministeriums, andererseits zur Lösung der Folgefragen durch weitere Maßnahmen und Ausbauprogramme der Landesregierung.

2. *Mit welcher Anzahl an Schulabgängern rechnet sie nach dem Schuljahr 2011/2012 bei den einzelnen Schulabschlüssen (Hauptschulabschluss, Mittlere Reife, Fachschulreife, Fachhochschulreife, allgemeine Hochschulreife)?*

Nach der Schülerabgangsprognose des Statistischen Landesamtes von 2007 an öffentlichen und privaten Schulen ergeben sich am Ende des Schuljahres 2011/12 folgende Abgangszahlen nach Schulabschlüssen:

mit Hauptschulabschluss:	36.200
mit Mittlerem Abschluss:	57.300
mit Fachhochschulreife:	16.100
mit allgemeiner und fachgebundener Hochschulreife:	71.100.

In der Prognose des Statistischen Landesamtes wird dabei nicht unterschieden nach Mittlerer Reife und nach Fachschulreife.

3. *Mit welcher Übergangsquote rechnet sie nach dem Schuljahr 2011/2012 zu den einzelnen Bildungswegen (Hochschulstudium, Fachhochschulstudium, berufliche Ausbildung, freiwilliges soziales Jahr, freiwilliges ökologisches Jahr)?*

In den zurückliegenden, von einer guten Wirtschaftskonjunktur bestimmten Jahren lag die Studierquote der Studienberechtigten bei rund 75 %. Von dieser Studierquote geht deshalb auch das Programm „Hochschule 2012“ aus. Insbesondere die Auswirkungen der internationalen Finanzmarktkrise auf die studentische Nachfrage bei den verschiedenen Hochschularten sind im Augenblick quantitativ noch schwer einzuschätzen. Bei rückläufiger Einstellungsbereitschaft der Unternehmen lässt sich ein stärkerer Anstieg der Studierquote nicht mehr ausschließen, was dann auch zu einer erhöhten Nachfrage nach Studienplätzen führen könnte.

Auch eine Abschätzung künftiger Übergangsquoten zur beruflichen Ausbildung ist aufgrund der nicht vorhersehbaren Rahmenbedingungen nicht möglich. So hängt die Zahl der von der Wirtschaft bereitgestellten Ausbildungsplätze sehr stark von der wirtschaftlichen Entwicklung ab; welche wirtschaftliche Entwicklung sich aber im Jahr 2012 ergeben wird, kann zum heutigen Zeitpunkt schwer prognostiziert werden.

In gleicher Weise hängt auch das Übergangsverhalten zum freiwilligen sozialen Jahr oder zum freiwilligen ökologischen Jahr nach dem Schuljahr 2011/2012 von der Gesamtheit der dann gegebenen Rahmenbedingungen ab.

Vor diesem Hintergrund müssen die tatsächliche Entwicklung in den genannten Übergangsbereichen und die auf Erfahrungswerten gründenden Übergangsquoten in den nächsten Jahren sehr sorgfältig beobachtet und gegebenenfalls die notwendigen Anpassungen vorgenommen werden.

4. *Welche finanziellen Ressourcen wurden in den einzelnen Bereichen für den erforderlichen Kapazitätsausbau der Hochschulen eingestellt?*

Mit dem Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ fördert die Landesregierung den Aufbau von 16.000 zusätzlichen Studienanfängerplätzen bis zum Jahr 2012. Der Ausbau erfolgt seit dem Wintersemester 2007/2008 im Rahmen von drei Tranchen. Bis zum Wintersemester 2009/2010 wird die Zahl von rund 8.500 zusätzlichen Studienanfängerplätzen an den Universitäten und Hochschulen des Landes erreicht.

Nach der dem Ausbau zugrundeliegenden Programmplanung sind folgende finanziellen Ressourcen vorgesehen und wurden in den Jahren 2007 bis 2009 auch so veranschlagt:

Jahre	Ausgangsplanung Ausbauprogramm 2012	Hochschulpakt 2020	Gesamtprogramm
2007	20,00	4,64	24,64
2008	40,00	13,53	53,53
2009	65,00	23,28	88,28
2010	90,00	33,10	123,10
2011	120,00	45,00	165,00
2012	150,00	73,30	223,30
Summe in Mio. €:	485,00	192,85	667,85

Mit den Mitteln wird der Ausbau zusätzlicher Studienanfängerkapazitäten an den Universitäten, den Fachhochschulen, den Pädagogischen Hochschulen

und der Dualen Hochschule Baden-Württemberg gefördert. Die Verteilung der Mittel auf die einzelnen Hochschulen und Studiengänge erfolgt in enger Abstimmung mit dem Bedarf der Wirtschaft mit einem Schwerpunkt in den Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften.

*5. Welche Kapazitäten wurden im beruflichen Schulwesen ausgebaut bzw. sollen ausgebaut werden, um auf die erwarteten Herausforderungen des Ausbildungsjahrgangs 2012 vorbereitet zu sein?*

Für alle Schülerinnen und Schüler, die eine Ausbildung im dualen System aufnehmen, sind, unabhängig von ihrem Schulabschluss, entsprechende Schulplätze an den Berufsschulen bereitzustellen. Dies wird auch im Abiturjahr 2012 der Fall sein.

Auf die besondere Situation an den beruflichen Gymnasien im kommenden Schuljahr 2009/2010 ist das Kultusministerium vorbereitet.

Zum Schuljahr 2009/2010 ist der Übergang vom allgemein bildenden zum beruflichen Gymnasium gleichzeitig für zwei Schülerjahrgänge möglich, für Schülerinnen und Schüler des letzten Jahrgangs des neunjährigen Gymnasiums nach der Versetzung von Klasse 10 in die Klasse 11 und für Schülerinnen und Schüler des ersten Jahrgangs des achtjährigen Gymnasiums nach der Versetzung von Klasse 9 in die Klasse 10. Schülerinnen und Schüler im achtjährigen Gymnasium können allerdings auch erst nach der Klasse 10 auf das berufliche Gymnasium wechseln. Der Besuch der Eingangsklasse des beruflichen Gymnasiums gilt in diesen Fällen nicht als Wiederholung der Klasse.

Zur Entspannung der Situation wurden vorab 30 zusätzliche Klassen für die beruflichen Gymnasien bereitgestellt und die damit in Zusammenhang stehenden 45 zusätzlichen Lehrerstellen im Februar 2009 schulscharf ausgeschrieben. Dabei hatten die Standorte mit erfahrungsgemäß hohem Andrang von gymnasialen Bewerberinnen und Bewerbern unter besonderer Berücksichtigung gerade auch der Schulraumsituation Priorität.

Der Ministerrat hat in seiner Sitzung am 19. Mai 2009 zugestimmt, dass infolge der hohen Bewerbernachfrage insbesondere an beruflichen Gymnasien und Berufskollegs nochmals Einstellungsmöglichkeiten zum kommenden Schuljahr 2009/2010 im Umfang von 50 Stellen der insgesamt vorgesehenen 100 Stellen geschaffen werden.

*6. Mit welchen Auswirkungen rechnet sie bei der Umstellung auf das achtjährige Gymnasium bei Privatschulen?*

Private Gymnasien müssen als Ersatzschulen strukturelle Änderungen des öffentlichen Schulwesens nachvollziehen.

Die privaten Gymnasien haben ebenso wie die öffentlichen Gymnasien zum Schuljahr 2004/05 ihren Bildungsgang von neun auf acht Jahre umgestellt. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die Umstellung bei den privaten Gymnasien keine besonderen Auswirkungen haben wird.

*7. Welche Kapazitäten sollen im Hinblick auf das Abitur 2012 ausgebaut werden bei den Plätzen im Wehrdienst, Zivildienst, freiwilligen sozialen Jahr, freiwilligen ökologischen Jahr?*

Bei Wehr- und Zivildienst besteht im Hinblick auf das Abitur 2012 kein Handlungsbedarf, die Zahl der Plätze reicht der Prognose nach aus; derzeit bleiben viele Plätze im Zivildienst bereits unbesetzt.

Das Ministerium für Arbeit und Soziales sowie die Träger des freiwilligen sozialen Jahres (FSJ) sind ebenso wie das Umweltministerium und die Träger

des freiwilligen ökologischen Jahres (FÖJ) bereit, nach ihren Möglichkeiten und im Rahmen der in den Haushaltsjahren 2012 bis 2014 zur Verfügung stehenden Mitteln durch eine Erhöhung der Platzzahlen im FSJ bzw. FÖJ zur Bewältigung des Abiturjahrganges 2012 beizutragen. Voraussichtlich kann die Platzzahl für das FSJ um 800 auf 6.500 Plätze angehoben werden. Im FÖJ können wahrscheinlich die Plätze nahezu verdoppelt werden, sodass 2012 bis zu 260 Teilnehmerinnen und Teilnehmer berücksichtigt werden können.

*8. Ist für die Folgejahre eine ähnlich erfolgreiche Vereinbarung mit der Wirtschaft wie das „Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung in Baden-Württemberg 2007 bis 2010“ geplant, dessen Ziel es ist, allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen ein Qualifizierungsangebot zu unterbreiten, und soll gegebenenfalls in deren Zielsetzung auch der Abiturjahrgang 2012 Berücksichtigung finden?*

Die Landesregierung teilt die Einschätzung, dass das „Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung in Baden-Württemberg 2007 bis 2010“ bisher erfolgreich gewesen ist.

Die Zwischenbilanz hat ergeben, dass die vereinbarten quantitativen Ziele über neue Ausbildungsplätze und neue Ausbildungsbetriebe 2007 und 2008 jeweils deutlich übertroffen wurden. Alle Beteiligten haben zugesagt, sich auch 2009 und 2010 mit unvermindertem Engagement dafür einzusetzen, die im Bündnis vereinbarten Ziele zu erreichen.

Wirtschaftliche Krisen treffen in der Regel erst mit einer zeitlichen Verzögerung auf den Ausbildungsmarkt. Im Jahr 2010 und in den Folgejahren wird daher ein besonderes Engagement erforderlich sein, um weiterhin allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen ein Qualifizierungsangebot unterbreiten zu können.

Das Bündnis 2007 bis 2010 ist eine Verlängerung des erstmals 2004 vereinbarten Bündnisses zwischen Land und Wirtschaft. Die Landesregierung strebt an, dieses Ausbildungsbündnis über das Jahr 2010 hinaus zu verlängern und damit die besonderen Bedingungen des Abiturjahrganges 2012 und dessen Auswirkungen auf den Ausbildungsmarkt zu berücksichtigen. Sie wird rechtzeitig entsprechende Gespräche mit der Wirtschaft aufnehmen.

*9. Welche Kapazitäten wurden in der Landesverwaltung ausgebaut bzw. sollen ausgebaut werden für die Schulabgänger im Jahr 2012 im Finanzwesen, Justizwesen und Polizeiwesen sowie in den Sonderverwaltungsbehörden des Landes und in der unteren, mittleren und oberen Landesverwaltung?*

*10. Welche Kapazitäten wurden im kommunalen Bereich bei Städten, Gemeinden bzw. Landkreisen ausgebaut bzw. sollen ausgebaut werden? Inwiefern wird der Ausbau an der studentischen Nachfrage und am Bedarf des Arbeitsmarktes orientiert?*

Die Ausbildung im Öffentlichen Dienst Baden-Württembergs erfolgt überwiegend beim Land und bei den kommunalen Gebietskörperschaften. Im Jahr 2008 hat das Land 616 Auszubildende nach dem Tarifvertrag für Auszubildende der Länder in Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz (TVA-L BBiG) neu eingestellt. Damit konnte im Vergleich zum Jahr 2007 (Einstellungs-IST: 606) eine leichte Steigerung verzeichnet werden.

Das Land bildet jedoch nicht nur in den staatlich anerkannten Ausbildungsberufen aus. Der Schwerpunkt der Ausbildung liegt im Bereich des öffentlichen

Dienstes bei den Beamtenanwärtern des mittleren und gehobenen Dienstes. Im Jahr 2009 sind im Staatshaushaltsplan insgesamt 20.697 Stellen für Anwärter und Dienstanfänger ausgewiesen. Nach den Haushaltsvollzugsvorschriften des Finanzministeriums für das Haushaltsjahr 2009 sind die Ressorts aufgefordert, bei Auszubildenden nach dem TVA-L BBiG die Ausbildungskapazität auch über den Eigenbedarf hinaus mindestens auf dem bisherigen Niveau beizubehalten.

Um einen eigenen Beitrag zu leisten, bleibt es Zielsetzung des Landes, weiterhin über den Eigenbedarf hinaus auszubilden und für das Jahr 2012 eine Erhöhung der Zahl der eigenen Auszubildenden im dualen Ausbildungsbereich um mindestens 5 % anzustreben.

*11. Welche Maßnahmen zur Studieninformation und zur Studienorientierung wurden bisher getroffen bzw. sind beabsichtigt?*

Dem allgemein gestiegenen Bedarf an Orientierungs- und Beratungsangeboten zur Studien- und Berufswahl für Schülerinnen und Schüler wird insbesondere vor dem Hintergrund des Abiturjahrgangs 2012 durch eine Weiterentwicklung und Ausweitung des bestehenden Angebots Rechnung getragen.

Das Wissenschaftsministerium hat bereits im Februar 2007 umfangreiche Vorbereitungen zur Informationsbereitstellung unternommen, in dem es die Servicestelle für Studieninformation, -orientierung und -beratung (SIOB) im Februar 2007 gegründet hat. Vorrangiges Ziel von SIOB ist es, eine fundierte Studienwahl für möglichst alle Studierenden zu befördern und dabei allen am Studienorientierungsprozess Beteiligten, den Studieninteressierten und Studierenden, den Eltern, den Hochschulen und Studienberatern, den Schulen und Lehrkräften, den Arbeitsagenturen und Berufsberatern als Anlaufstelle und Informationsplattform zu dienen. In den zweieinhalb Jahren seiner Existenz wurde SIOB zu „dem“ Vermittler von Studieninformationen in Baden-Württemberg. Auch bundesweit nimmt SIOB eine einmalige Stellung ein, da kein anderes Bundesland eine derart gut vernetzte Einrichtung vorzuweisen hat.

Die Aktivitäten von SIOB wurden im Juli 2007 in der Informationskampagne „Gscheit studiert“ gebündelt. Hierbei handelt es sich um abgestimmte Kommunikationsmaßnahmen zur gezielten Studieninformation und -vorbereitung, wobei die Zielgruppe „künftige Studierende“ überwiegend aus Oberstufenschülern der Gymnasien besteht.

Die Kampagne „Gscheit studiert“ basiert auf drei Säulen, auf Publikationen zur Studieninformation, auf der Fortbildung der Studienorientierungslehrkräfte und der Studienberaterinnen und Studienberater sowie auf dem Einsatz von Studienbotschaftern an den Schulen.

Publikationen bieten den Studieninteressenten alle wichtigen Informationen und eröffnen die weiteren Recherchewege zur eigenen Studieninformation. Zu nennen sind hier beispielsweise das bundesweit einzigartige Portal [www.studieninfo-bw.de](http://www.studieninfo-bw.de) oder die in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit erstellten Publikationen „Studieren in Baden-Württemberg“ und „Studien- und Berufswahl“.

Daneben werden in Kooperation zwischen Wissenschafts- und Kultusministerium Studienorientierungslehrerinnen und -lehrer der allgemein bildenden und beruflichen Gymnasien fortgebildet. Im Rahmen der Fortbildung „FoBi 1: Grundlagen der Studienorientierung“ konnten im Schuljahr 2008/09 in bisher 19 Veranstaltungen rund 400 Studienorientierungslehrkräfte fortgebildet werden. Diese erfolgreichen Fortbildungsangebote sollen im Schuljahr 2009/10 durch weitere darauf aufbauende Veranstaltungen vertieft werden.

Außerdem gilt es, Informationen und Fortbildungen für die Studienberaterinnen und die Studienberater der Hochschulen anzubieten. Ziel ist es, Studienberatung zu einem Qualitätsmerkmal der Hochschulausbildung in Baden-Württemberg auszubauen und entsprechend im Qualitätsmanagement der Hochschulen zu verankern. Aus diesem Grund hat das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst das Programm „Exzellente Beratung an exzellenten Hochschulen“ konzipiert und plant, ab Herbst 2009 die ersten Fortbildungsseminare anzubieten.

Schließlich entsendet seit November 2007 die SIOB Studienbotschafter an die Gymnasien in Baden-Württemberg.

Studienbotschafter sind vom Wissenschaftsministerium geschulte Studierende, die mitten im Studium stehen und berichten, wie ihr eigener Entscheidungsprozess zum „richtigen“ Studienfach verlaufen ist und wie man sich im Studium zurecht findet. Sie sind mit dem neuen Bachelor/Master-System vertraut und beantworten Schülerinnen und Schüler so weit wie möglich alle Fragen rund ums Studium, wie z. B. zu den neuen BA/MA-Abschlüssen, den Unterschieden zwischen den Hochschularten oder zu den verschiedenen Zulassungsverfahren. Bei den bisherigen rund 400 Einsätzen der Studienbotschafter konnten bis zu 20.000 Schülerinnen und Schüler über das Studieren an sich und das Studium in Baden-Württemberg informiert werden. Für die nächsten Jahre ist ein weiterer Ausbau dieser sehr erfolgreichen Maßnahme geplant.

Ergänzend bietet das Kultusministerium in Kooperation mit dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst ab dem Schuljahr 2009/2010 ein neues Orientierungsseminar für Schülerinnen und Schüler an, das die seit rund zehn Jahren bewährten, aber nicht überarbeiteten „Zielfindungs- und Orientierungsseminare zur Studien- und Berufswahl“ (ZOS) schrittweise ablösen wird. Ziel ist es, im Bereich der Studien- und Berufsorientierung für eine deutlich höhere Zahl von Schülerinnen und Schülern Veranstaltungen anzubieten. Mit dem neuen Angebot BEST-Train (*Berufs- und Studienorientierungstraining*) kann bis zum Schuljahr 2011/2012 eine Verfünffachung der bestehenden Teilnehmerplätze erreicht werden.

Das Thema „Hochschule 2012“ ist zu einem Leitthema in der Zusammenarbeit mit den Studienberatungen der Hochschulen geworden. Über die vom Wissenschaftsministerium eingeleiteten Maßnahmen zur Bewältigung des steigenden studentischen Beratungsbedarfes hinaus haben auch die Hochschulen das Thema aufgegriffen und erarbeiten eigene Lösungsansätze, so werden beispielsweise Studienberatungen zusätzlich mit Stellen ausgestattet, die aus Studiengebühren finanziert werden.

*12. Welche Kapazitäten wurden im Hochschulbereich ausgebaut bzw. sollen ausgebaut werden, um auf die erwarteten Herausforderungen des Ausbildungsjahrgangs 2012 vorbereitet zu sein?*

Zur Umsetzung der ersten Ausbaustufe wurden insgesamt rund 5.000 zusätzliche Studienanfängerplätze bis Ende des Jahres 2008 eingerichtet. Zum Wintersemester 2009/2010 werden weitere rund 3.500 neue Studienanfängerplätze landesweit eingerichtet. Ende 2009 stehen damit über 8.500 zusätzliche Studienanfängerplätze zur Verfügung, das ist mehr als die Hälfte der rund 16.000 geplanten zusätzlichen Studienanfängerplätze. Die Vorbereitungen für den weiteren Ausbau ab dem Wintersemester 2010/2011 laufen. Die Hochschulen haben hierzu umfangreiche Ausbauplanungen vorgelegt. Mit einer Entscheidung des Ministerrats kann im Herbst 2009 gerechnet werden. Die weiteren Planungen der Landesregierung sehen vor, den Ausbau so frühzeitig abzuschließen, dass die 16.000 zusätzlichen Studienanfängerplätze im Wintersemester 2012/2013 tatsächlich auch zur Verfügung stehen.

*13. Mit welchen Auswirkungen rechnet sie im Zuge des Abiturjahrgangs 2012 bei privaten Hochschulen?*

Nach entsprechenden Rückfragen bei den nichtstaatlichen Hochschulen des Landes ist davon auszugehen, dass diese Hochschulen ihr Studienangebot moderat ausbauen und höhere Kapazitäten zur Verfügung stellen.

*14. Wie werden die nichtstaatlichen Hochschulen in das Ausbauprogramm mit einbezogen?*

Die Landesregierung hat am 11. Dezember 2007 beschlossen, auch die nichtstaatlichen Hochschulen in das Programm „Hochschule 2012“ aufzunehmen, um auch dort einen Anreiz zur Schaffung zusätzlicher Studienplätze zu setzen. Damit wird pro Jahr und zusätzlichem Studierenden ein Pauschalbetrag in Höhe von 1.400 Euro bei nichttechnischen und von 2.000 Euro bei technischen Studiengängen gewährt.

Grundlage der Förderung sind zusätzliche Studienplätze, die nach dem Basisjahr 2006 eingerichtet wurden und eingerichtet werden. Dabei ist unerheblich, ob diese Studienplätze in neuen Studiengängen oder durch den Ausbau bestehender Studiengänge geschaffen werden. Die Förderung ist zunächst auf eine Dauer von 6 Jahren bis in das Jahr 2013 festgelegt.

*15. Welche Kapazitäten wurden an den internen Hochschulen des Landes (Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung und Fachhochschule der Polizei) ausgebaut bzw. sollen ausgebaut werden, um die infolge des doppelten Abiturjahrgangs erhöhte Nachfrage zu bewältigen?*

Eine Einbeziehung der internen Hochschulen des Landes in das Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ ist nicht vorgesehen. Das Studienangebot der internen Hochschulen orientiert sich nicht an der generellen studentischen Nachfrage, sondern stellt primär auf den Bedarf der öffentlichen Verwaltung ab.

Das Innenministerium prüft derzeit, inwieweit die Polizei ein Angebot zur zahlenmäßig flexiblen Einstellung von zusätzlichen Polizeikommissarsanwärtinnen im relevanten Zeitraum realisieren kann.

*16. Sind im Zuge der Umstellung von G 9 auf G 8 in anderen Bundesländern Wechselwirkungen mit Baden-Württemberg zu erwarten, insbesondere im Blick auf den Ausbildungsmarkt und die beruflichen Schulen in den der Landesgrenze nahe gelegenen Raumschaften sowie auf die Hochschulen des Landes?*

Bundesweit erstreckt sich die Umstellung von dreizehn auf zwölf Schuljahre bis zum Abitur über einen größeren Zeitraum.

Im Jahre 2012 werden außer in Baden-Württemberg nur in den Ländern Brandenburg und Hessen (1. Etappe) sowie in der Hansestadt Bremen zwei Jahrgänge zum Abitur geführt. In dem größeren Zeitraum 2011 bis 2013 sind allerdings die bevölkerungsstärksten Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Hessen von zwei zeitgleichen Abiturjahrgängen betroffen, Bayern und Niedersachsen 2011, Nordrhein-Westfalen und Hessen (2. Etappe) 2013.

Aufgrund des doppelten Abiturjahrgangs 2011 in Bayern und verstärkter Abiturjahrgänge 2012 in Hessen wird in diesen Ländern mit einer verstärkten Nachfrage von Abiturienten nach Ausbildungsplätzen zu rechnen sein. Dies könnte in den grenznahen Landesteilen Baden-Württembergs eine verstärkte Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt mit Auswirkungen auf die Abschlussjahrgänge von Haupt-, Werkreal- und Realschulen zur Folge haben. Doch ist

für die grenznahen Regionen die Nachfrage Auswärtiger nach Ausbildungsplätzen grundsätzlich nichts Neues: nach einer Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung wurden 2006 im Rhein-Neckar-Kreis und in der Region Donau-Iller 20 bis 30 % der Ausbildungsplätze durch Auswärtige besetzt. Mit landesweit spürbaren Auswirkungen auf den Ausbildungsmarkt wird insgesamt nicht gerechnet, da die Mobilitätsbereitschaft der häufig noch jungen Ausbildungsplatzbewerberinnen und Ausbildungsplatzbewerber nach bisherigen Erfahrungen über den grenznahen Bereich hinaus eher gering ausgeprägt ist.

Der Bedarf an Schulplätzen an der Berufsschule im Rahmen der dualen Ausbildung hängt unmittelbar von der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe ab und somit auch von der konjunkturellen und wirtschaftlichen Situation. Für die Beschulung der Auszubildenden in dualen Ausbildungsberufen ist die jeweilige Berufsschule der Region zuständig, in welcher der Ausbildungsbetrieb liegt. Ein erhöhter Bedarf entsteht nur dann, wenn in Baden-Württemberg mehr Ausbildungsplätze angeboten werden.

Das Baden-Württemberg benachbarte Bayern hat seinen Doppelabiturjahrgang im Jahr 2011 und das bevölkerungsreiche Nordrhein-Westfalen hat seinen Doppelabiturjahrgang im Jahr 2013. Die doppelten Abiturjahrgänge in den übrigen Bundesländern sind im Vergleich zu diesen beiden Ländern für den Bereich der Hochschulen von geringerer Bedeutung. In Abhängigkeit von den stärkeren Abiturjahrgängen wird es wahrscheinlich zu Wanderungen von Studierenden zwischen den Ländern kommen. Insbesondere in den neuen Ländern, wo die Zahl der Studienberechtigten sinkt, stehen zusätzliche Studienanfängerkapazitäten zur Verfügung. Die Mitte Mai 2009 veröffentlichte aktualisierte Vorausberechnung für Studienanfänger 2008 bis 2020 der Kultusministerkonferenz (KMK) wurde auf der Basis der einzelnen Bundesländer berechnet und berücksichtigt sowohl die doppelten Abiturientenjahrgänge in den Ländern als auch die Wanderungen der Studienanfänger zwischen den Ländern. Nach dem Ergebnis dieser Berechnungen übertrifft die Zahl der Studienanfänger in Baden-Württemberg in den kritischen Jahren 2011 bis 2015 in keinem Jahr die 16.000 neu geschaffenen Studienplätze.

*17. Welche Kommunikationsstrategie hat sie entwickelt bzw. geplant, um die Öffentlichkeit über die notwendige und zugleich erfolgreiche Vorbereitung auf das Abitur 2012 zu informieren?*

Die Landesregierung hat die gemeinsame Kursstufe an den allgemein bildenden Gymnasien sowie das Abitur 2012 mit allen Folgefragen gut vorbereitet.

Die betroffenen Schülerinnen und Schüler der Abschlussjahrgänge 2012 und ihrer Eltern werden rechtzeitig und ausführlich über das Maßnahmenpaket „Abitur 2012“ unterrichtet. Vor Eintritt des Abiturjahrgangs 2012 in die Kursstufe wird ein Ansprechpartner im Kultusministerium für alle Schüler- und Elternfragen im Zusammenhang mit dem Abitur 2012 zur Verfügung stehen.

Rau

Minister für Kultus, Jugend und Sport